

Deutschlands Zukunft heißt Europa

Ansprache des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zur Eröffnung des Europa-Kongresses „Binnenmarkt 1992“ der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am 12. April 1989 in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus.

Der heutige Kongreß trägt — wie eine Reihe von Fachtagungen auf regionaler Ebene in den vergangenen Wochen und Monaten — dazu bei, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen: Es geht darum, die zentrale Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für unsere Zukunft bewußt zu machen — vor allem die Unterstützung weiter Kreise der Bevölkerung für dieses große und ehrgeizige Projekt zu gewinnen.

Wir werden auf diesem Kongreß erneut deutlich machen, daß die Union die deutsche Europapartei ist. Zugleich möchten wir möglichst viele Vertreter anderer demokratischer Parteien auffordern, sich mit uns gemeinsam mit gleicher Intensität, ja mit der gleichen Leidenschaft, für Europa einzusetzen.

Es war die Christlich Demokratische Union, die Partei Konrad Adenauers, die die Einbindung der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland in die Wertegemeinschaft des Westens durchgesetzt — mehr noch: die die Westintegration unwiderruflich gemacht hat. Unter Führung unserer Partei sind die großen Entscheidungen auf diesem Weg gefallen:

- die Gründung der Montanunion und in der Folge davon die Aussöhnung mit Frankreich,
- die Eingliederung in die Atlantische Allianz,
- die Unterzeichnung der Römischen Verträge und schließlich
- der Abschluß des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages.

Diese Entscheidungen waren gleichzeitig Marksteine in der nunmehr vierzigjährigen Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland. Gerade in diesem Jahr des Jubiläums wird so eindrucksvoll deutlich, wie eng, ja wie

unauflösbar die Entwicklung unseres Landes mit dem Prozeß der europäischen Einigung verknüpft ist.

40 Jahre Frieden und Freiheit, wirtschaftlicher Aufstieg zu einer der führenden Industrienationen der Welt und die Schaffung eines breitgestreuten Wohlstandes — dies alles wäre undenkbar gewesen ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft: in die Atlantische Allianz wie in die Europäische Gemeinschaft.

Der Grundentscheidung für den Westen verdanken wir unsere Souveränität und zu einem guten Teil auch die Stabilität unserer demokratischen Ordnung — und nicht zuletzt die berechtigte Hoffnung, eines Tages Einheit und Freiheit für alle Deutschen gewinnen zu können. Wer so tut, als gebe es für uns Deutsche noch andere Alternativen — wer meint, wir sollten unseren Weg **allein** zwischen West und Ost suchen, „Wanderer zwischen den Welten“ sein —, hat aus der Geschichte nichts gelernt.

Wir stehen fest an der Seite der westlichen Demokratien, weil dort unser geistiger und politischer Standort ist und weil nur dort unsere nationalen Interessen gut aufgehoben sind. Diese Entscheidung steht heute wie auch künftig nicht zur Disposition. Sie ist — wie ich in meiner ersten Regierungserklärung nach meiner Wahl zum Kanzler gesagt habe — Teil der Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland.

Auch heute gibt es für unser Land eine gesicherte Zukunft nur in einem freien und vereinten Europa. Deutschlands Zukunft war, ist und bleibt Europa — wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Das gilt in besonderer Weise auch für den europäischen Binnenmarkt, den wir bis Ende 1992 verwirklichen wollen. Auch wenn viele Bürgerinnen und Bürger die wahre Tragweite und Bedeutsamkeit dieses politisch-wirtschaftlichen Vorhabens noch nicht erfaßt haben — die Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes wird einen geschichtlichen Einschnitt darstellen, der über die Zukunftsfähigkeit des alten Kontinents und auch der Bundesrepublik Deutschland entscheiden wird.

Ich weiß, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland hier und da Vorbehalte, sogar Ängste gegenüber dem Binnenmarkt gibt — wie gegenüber jeder einschneidenden Veränderung. Manche — zum Beispiel mittelständische Unternehmer — machen sich Sorgen, ob sie der Konkurrenz in einem europäischen Rahmen gewachsen sind. Andere verweisen darauf, wie gut es uns Deutschen jetzt geht, und fragen, ob man nicht alles so lassen könne, wie es jetzt ist.

Genau das aber können wir nicht! Wer meint, durch passives Verharren einen bequemen Status quo ein für allemal festschreiben zu können, der täuscht sich: Ohne den Mut zu Veränderungen, zum Umdenken, zum europäischen Fortschritt werden wir in die politische und wirtschaftliche Zweitklassigkeit zurückfallen. Wir werden aufs Spiel setzen, was wir durch harte Anstrengungen erarbeitet haben. Schon heute gehen 54 Prozent unserer Gesamtexporte in die Europäische Gemeinschaft, jeder 5. Arbeitsplatz bei uns hängt davon ab. In Zukunft wird die Bedeutung der Gemeinschaft für unsere Wirtschaft noch wachsen.

Wir brauchen den europäischen Binnenmarkt: Nur im Rahmen dieses großen Marktes, des dann größten Wirtschaftsraumes der Erde mit mehr als 320 Millionen Menschen, werden wir in einem verschärften internationalen Wettbewerb bestehen können — vor allem gegenüber den beiden anderen großen Wirtschaftszentren: Nordamerika mit der Freihandelszone USA/Kanada und dem ostasiatisch-pazifischen Raum.

Wer heute aufmerksam nach Japan oder nach Korea schaut, der kann doch gar nicht übersehen, daß diese ganze Region sich in einem großen Aufbruch befindet und daß von dort aus die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika enger geknüpft werden. Und wenn Sie sich einmal erkundigen, wo junge Menschen aus dem ostasiatisch-pazifischen Raum, übrigens auch aus China, heute studieren, dann stellen Sie fest, daß an den Elitehochschulen der Vereinigten Staaten in Harvard, am MIT, in Berkeley oder in Stanford von 1500 Studenten eines Studienjahres fast 100 bis 150 aus Südostasien kommen, aus Kontinentaleuropa dagegen oft weniger als 20. Dies ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Japaner und Chinesen — aber auch andere — in die Zukunft ihrer Länder investieren.

Nur durch Bündelung unserer wirtschaftlichen und technologischen Kräfte können wir auf Dauer den Wohlstand sichern, den wir bis heute erarbeitet haben. Nur durch eine immer engere europäische Zusammenarbeit werden wir auch die globalen Herausforderungen meistern können: die weltweiten Gefahren für unsere Umwelt zum Beispiel, insbesondere für Klima und Erdatmosphäre, oder auch die Probleme im Nord-Süd-Verhältnis. Denken Sie nur an die hohe Verschuldung der Dritten Welt. Alle diese Fragen betreffen uns sehr konkret; So hat beispielsweise das uns bedrückende Thema der Wirtschaftsasyllanten sehr viel mit der Armut in den Ländern der Dritten Welt zu tun.

Nationale Alleingänge können heute angesichts bestehender und immer dichter werdender Verflechtungen nicht weiterhelfen. Wer — von rechts

außen oder links außen — für die Rückkehr zu einer nationalstaatlich beschränkten Wirtschaft oder Gesellschaft plädiert, legt die Axt an unseren Wohlstand, zerstört die Grundlagen unserer sozialen Sicherheit, ja betrügt die jetzt heranwachsende Generation um ihre Zukunft.

Insgesamt wird deutlich: Europa steht mitten in einer entscheidenden, vielleicht in der entscheidenden Phase zur Sicherung seiner Zukunft — und damit auch der Zukunft von uns Deutschen! Wir dürfen eine solche Herausforderung, eine solche Chance nicht untätig verstreichen lassen. Wir Deutsche haben dabei „gute Karten“. Es gilt aber, die gestellten Aufgaben entschlossen anzupacken! Auf diesem Wege haben wir ja bereits beträchtliche Fortschritte erzielt.

Im Inneren haben wir ein umfangreiches Reformprogramm durchgesetzt. Steuer- und Gesundheits-, Renten- und Postreform bilden ein Gesamtkonzept, das unsere Gesellschaft insgesamt offener und flexibler machen und damit auch besser auf die europäischen Veränderungen vorbereiten soll. Rechtzeitig vor 1992 wird die Reform der Unternehmensbesteuerung folgen.

All diese Reformen stellen eine unverzichtbare Voraussetzung dar, um die Chancen des Binnenmarktes voll nutzen zu können. Allerdings war ihre Verwirklichung zum Teil mit erheblichen Anstrengungen verbunden, gewiß auch mit manchen Belastungen für die Bevölkerung, und gerade unsere Partei, die Christlich Demokratische Union, hat bei den vergangenen Wahlen einen hohen Preis dafür bezahlt.

Wenn wir trotzdem an unserer Reformpolitik festgehalten haben, wenn wir dies — allen Mühen zum Trotz — durchgestanden haben, dann aus der Überzeugung heraus: Wir müssen **jetzt** handeln, wenn wir unserer Bundesrepublik Deutschland einen guten Platz im Europa der Zukunft sichern wollen.

Wer mit der Steuerbelastung, mit der Bestrafung von Leistungswillen, wie sie uns unter der SPD-Regierung zugemutet worden war, auf dem europäischen Binnenmarkt antreten wollte, der wäre denkbar schlecht gerüstet. Und wem bewußt ist, daß wir als Exportland nur bestehen werden, wenn wir erstklassige Waren zu vernünftigen Preisen anbieten, der darf eben auch die hohen Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland nicht verschweigen. Diese Lohnnebenkosten gehen zu zwei Drittel auf die Politik der Tarifpartner zurück — was diese meist verschweigen. Deshalb ist es Aufgabe einer klugen, in die Zukunft weisenden Politik, hier auf Veränderungen zu drängen, die unseren Wohlstand sichern.

Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sind wir gut vorangekommen — und wir können stolz darauf sein, daß vor allem die deutsche EG-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1988 hierzu wesentlich beigetragen hat. Heute sind bereits die Hälfte der erforderlichen Maßnahmen in die Tat umgesetzt. Aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Die verbleibende Zeit bis zum 31. Dezember 1992 ist in Wahrheit nur eine sehr kurze Spanne, und wir müssen uns bewußt sein: Wir haben noch schwierige Probleme zu bewältigen.

Es gilt, unsere Anstrengungen in der Gemeinschaft noch zu verstärken und die verbleibende Zeit voll zu nutzen, bei uns selbst, um uns optimal auf den Binnenmarkt vorzubereiten, wie in der Gemeinschaft insgesamt.

Ich will nur einige Problembereiche ansprechen, die wir noch zu bewältigen haben, und mich dabei auf Punkte konzentrieren, denen nicht zuletzt aus deutscher Sicht eine besondere Bedeutung zukommt.

Beispielhaft nenne ich:

- den gemeinsamen Schutz unserer Umwelt;
- das Problem der Verbrechensbekämpfung bei offenen Grenzen;
- die Entwicklung einer gemeinsamen Währungspolitik und
- die Schaffung eines europäischen Sozialraumes.

Der gemeinsame Schutz unserer Umwelt

Für mich steht fest, daß sich die Europäische Gemeinschaft mehr und mehr zu einer Umweltgemeinschaft entwickeln muß. Heute wird in der Öffentlichkeit allzu leicht vergessen, daß es die von mir geführte Bundesregierung war, die den Umweltschutz überhaupt zu einem europäischen Thema gemacht hat. Wir waren die Vorreiter einer vernünftigen Europapolitik in Europa. Dies wird auch in Zukunft so sein.

In früheren Jahren wurden wir Deutsche dafür auf europäischer Ebene oft belächelt. Ich erinnere mich zum Beispiel gut an die wenig verständnisvollen Reaktionen, als ich im Juni 1983 in Stuttgart das Thema „Waldsterben“ ansprach. Inzwischen haben aber alle aus zum Teil schmerzhafter Erfahrung dazugelernt. Auch meine Kollegin Thatcher hat inzwischen eigene, nationale wie internationale Konferenzen zu diesem Thema einberufen.

Heute scheinen auch die Zauderer — nicht nur auf europäischer, sondern auch auf globaler Ebene — den Ernst der Lage mehr und mehr zu begreifen.

Umweltschutz ist kein „Spleen“ der Deutschen, sondern eine gesamteuropäische und darüber hinaus weltweite Verantwortung.

Wer sich als Wertkonservativer bekennt, der hat auch die Pflicht, den Schatz unserer Natur im bestmöglichen Zustand an die nächste Generation weiterzugeben. Diesen wichtigen Auftrag müssen wir auch gemeinsam in der größeren Gemeinschaft Europas erfüllen. Und wir müssen die notwendigen Schritte schnell tun, denn die Zeit drängt. Wenn ich beispielsweise daran denke, daß die USA und Japan das schadstoffarme Auto 1972 beziehungsweise 1974 eingeführt haben, dann frage ich mich, warum mein Vorgänger das nicht getan hat, als er Bundeskanzler war und genug Zeit dazu hatte.

Wir — und damit meine ich insbesondere unsere Christlich Demokratische Union — haben das schadstoffarme Auto und bleifreies Benzin zuerst in Deutschland und dann in Europa durchgesetzt, während andere noch den Irrweg eines nationalen Alleingangs propagierten. Bei dem Gedanken an die Diskussionen, die ich im Vorfeld dieser Entscheidungen 1984/85 bei uns führen mußte, kann man heute nur noch den Kopf schütteln.

Jetzt sind weitere Schritte erforderlich. Ich halte es zum Beispiel für notwendig, daß wir rasch eine europäische Umweltagentur schaffen. Es geht darum, in einem Frühwarnsystem grenzüberschreitend Störfälle zu erfassen und entsprechende Maßnahmen unverzüglich einleiten zu können.

Gerade in der Frage des Umweltschutzes tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Wir müssen deutlich machen, daß wir diese Verantwortung erkannt haben und ihr gerecht werden. Schließlich wird Europa auch nur dann von den Bürgern — insbesondere von der in diesen Fragen besonders sensiblen Jugend — bejaht werden, wenn es auf dem Felde des Umweltschutzes überzeugt.

Das Problem der Verbrechensbekämpfung

Bei dem geplanten Wegfall der Grenzkontrollen für Waren und Personen geht es für mich um eine Kernfrage der europäischen Einigung. Grenzkontrollen und Schlagbäume stehen symbolisch für alles, was die europäischen Völker trennt und was sie früher entzweit hat. Aus gutem Grund ist das Einreißen von Schlagbäumen zum Ausdruck und zum Inbegriff jener Europabegeisterung geworden, die in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Beginn des europäischen Einigungswerkes begleitete.

Ein Wegfall der Grenzkontrollen hat aber weit mehr als nur symbolische Bedeutung. Er bringt nicht nur entscheidende wirtschaftliche Vorteile, er läßt das vereinte Europa für den einzelnen Bürger unmittelbar erfahrbar werden.

Allerdings erwarten die Bürger auch — und zu Recht —, daß ihre Sicherheit durch den Wegfall der Grenzkontrollen nicht vermindert wird. Wir brauchen in Europa daher unbedingt eine stärkere und effektivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Ich halte es für erforderlich, diesen Fragenkomplex im Juni in Madrid erneut mit allem Nachdruck anzusprechen. Der Europäische Rat muß ein Zeichen setzen, einen politischen Impuls geben, damit wir in dieser Frage schneller vorankommen. Wir dürfen überfällige Entscheidungen nicht länger vor uns herschieben.

Terrorismus, Bandenkriminalität, Organ- und Rauschgifthandel sind zu einer neuen Herausforderung geworden, die wir mit althergebrachten Mitteln nicht mehr bewältigen können — übrigens auch schon nicht mehr bei Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzkontrollen.

Meiner Überzeugung nach werden wir auf Dauer ohne eine Art europäische Polizei — vergleichbar der Einrichtung, wie sie die Amerikaner mit dem FBI geschaffen haben — nicht auskommen. Angesichts krimineller Organisationen, die über Grenzen hinweg bestens organisiert sind, darf die Polizei nicht länger hinterherhinken beziehungsweise an nationalen Grenzen stehenbleiben.

Ich bin mir darüber im klaren, daß diese — in meinen Augen unumgängliche — Forderung Emotionen, Zuständigkeits- und Souveränitätsbedenken, ja vielleicht sogar Ängste in einigen Mitgliedstaaten wecken mag. Aber entweder werden wir uns von überkommenen Denkschablonen lösen, die eine oder andere althergebrachte Gewohnheit abwerfen und neue Erfahrungen sammeln — oder wir werden an dieser Herausforderung scheitern.

Genauso wichtig erscheint es mir in diesem Zusammenhang, rasche Fortschritte bei der Harmonisierung der gemeinsamen Kontrollen nach außen — das heißt: an den Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft — zu erreichen. Es geht hier zum Beispiel darum, die Bestimmungen für die Erteilung von Sichtvermerken an Staatsangehörige aus Drittländern zu vereinheitlichen. Es geht vor allem aber um die Asylpolitik.

Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes haben aus gutem Grund im Artikel 16 unserer Verfassung festgelegt, daß wir politisch, rassisch oder religiös Verfolgten Asyl gewähren. Hieran wollen und werden wir in Zukunft nicht rütteln.

Es kann jedoch nicht angehen, daß aufgrund unterschiedlicher Bestimmungen Ströme von Ausländern in das eine oder in das andere Land gelenkt werden. Wir können nicht Einwanderungsland für jene sein, die aus rein wirtschaftlichen Motiven kommen. Um einer solchen Entwicklung Einhalt zu gebieten, brauchen wir eine Straffung der Verfahren bei uns — und wir müssen natürlich dafür sorgen, daß diese Verfahren auch eingehalten werden. Ebenso aber brauchen wir dringend EG-weit gültige, einheitliche Maßstäbe. Ich gehe davon aus, daß dieses Thema schon im Juni auf dem EG-Gipfel in Madrid diskutiert wird und daß wir dann unter dem Vorsitz von François Mitterrand auf dem übernächsten EG-Gipfel im Dezember dieses Jahres zu entsprechenden Beschlüssen kommen werden.

Eine gemeinsame Währungspolitik

Es ist meine feste Überzeugung: Für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt ist auf Dauer die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion unerläßlich. Ich bin mir bewußt, daß der Weg zu einem echten europäischen Währungsraum lang und schwierig sein wird. Übereilte Schritte wären auch sicherlich falsch.

Vor einem Monat, am 13. März, haben wir auf das zehnjährige Bestehen des Europäischen Währungssystems zurückblicken können. Seine Gründung und die ersten Jahre seines Bestehens waren von vielen Seiten mit einem großen Maß an Skepsis begleitet worden. Über die Jahre hat es aber entscheidend — obwohl es unvollkommen blieb — zur Verbesserung der monetären Stabilität Europas beigetragen. Der von ihm ausgehende Zwang zur wechselseitigen Anpassung hat auch die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten stark beeinflußt. Es hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte in bezug auf die Annäherung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitiken gegeben. Jetzt kommt es darauf an, diese Fortschritte auf eine breitere Basis zu stellen und noch mehr zu verstetigen.

Am Ende des Weges muß und wird — dies scheint sich in der Diskussion immer stärker durchzusetzen — eine am Modell der Deutschen Bundesbank orientierte, unabhängige, der Geldwertstabilität verpflichtete europäische Zentralbank mit einer einheitlichen europäischen Währung stehen. Es ist für mich selbstverständlich, daß diese Zentralbank föderal ausgerichtet sein wird.

Und ich spreche auch klar aus: Wir werden nicht zulassen, daß die finanzpolitischen Erfolge, die wir uns durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik und mit Hilfe unserer geldpolitischen Institutionen erarbeitet haben, im Zuge einer solchen Entwicklung in Frage gestellt werden.

Die Schaffung eines europäischen Sozialraumes

Wir wollen ein Europa der Bürger schaffen — dabei müssen wir daran denken, daß rund 80 Prozent der Bürger Europas abhängig Beschäftigte sind. Schon allein deshalb werden wir Europa nur dann in den Herzen der Menschen verankern können, wenn wir den Wirtschaftsraum des europäischen Binnenmarktes auch als einen gemeinsamen Sozialraum begreifen und ausgestalten. Nur so werden wir auch die Unterstützung der wichtigen gesellschaftlichen Kräfte gewinnen, ohne die wir ein so ehrgeiziges Projekt wie den Binnenmarkt niemals verwirklichen können. Ich denke an die Vereinigungen der Wirtschaft ebenso wie an die Gewerkschaften und andere Interessenverbände.

Es wäre natürlich vermessen und auch falsch, wenn wir versuchen würden, sämtliche Sozialvorschriften in Europa zu harmonisieren. Dies würde die europäische Politik überfordern und kann nicht unser Ziel sein. Dennoch müssen wir in den wesentlichen Bereichen auch auf europäischer Ebene Eckwerte setzen, von denen wir gemeinsam ausgehen können. Ziel unseres Handelns muß es sein, die sozialen Standards in Europa schrittweise an unser Niveau heranzuführen und nicht etwa umgekehrt unsere sozialen Standards abzusenken!

In den letzten Jahren sind zum Beispiel beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Fortschritte erzielt worden. Insgesamt ist der soziale Dialog auf europäischer Ebene auf erfreuliche Weise in Gang gekommen. Wir sollten uns jetzt im Europäischen Rat in Madrid im Juni dieses Jahres darauf verständigen, die sozialen Grundrechte aller Arbeitnehmer zu bekräftigen.

Maßnahmen der Gemeinschaft dürfen bei alledem nicht dazu führen, daß bestehende nationale Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und zur Sicherung ihrer Rechte nivelliert oder ausgehöhlt werden. Es geht erst recht nicht an, daß der Binnenmarkt zum Vorwand genommen wird, um wohlerworbene Rechte der Arbeitnehmer — wie zum Beispiel die Mitbestimmung — zu beseitigen oder aus strengeren Schutzvorschriften „auszusteiern“.

Sie können sich darauf verlassen: Ein „Sozial-Dumping“ wird es mit der CDU Deutschlands und mit mir nicht geben. 40 Jahre Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben uns gelehrt, daß der soziale Friede ein hohes Gut ist und eine wichtige Voraussetzung unseres Wohlstandes. Es ist im übrigen ebenso erstaunlich wie gelegentlich amüsant, daß die notorischen

Kritiker unserer Sozialpolitik hier in der Bundesrepublik auf der Ebene EG-Europas das bei uns Erreichte als einfach beispielhaft loben.

Es ist wahr: Auf dem Weg zur Einigung Europas müssen einige mehr Opfer bringen als andere; sie haben einen Anspruch darauf, daß die Solidargemeinschaft ihnen für eine Übergangszeit hilft, ihre Existenzbedingungen an die absehbaren europäischen Entwicklungen der nächsten Jahre anzugleichen. Dies gilt besonders auch für unsere Landwirtschaft. Denn wir brauchen die Bauern nicht zuletzt für die Bewältigung ökologischer Herausforderungen. Im übrigen sind für uns Christliche Demokraten in einer freien Gesellschaftsordnung Eigentum und Freiheit unlösbar miteinander verbunden; auch deshalb setzen wir uns entschieden für die Erhaltung unserer bäuerlichen Familienbetriebe ein.

Diese Beispiele haben deutlich gemacht, welche schwierige Entscheidungen in den kommenden Monaten noch vor uns liegen. Andere — nicht weniger komplizierte — Probleme habe ich in diesem Zusammenhang gar nicht angesprochen: Denken Sie nur an die notwendige Harmonisierung der Kapitalertragssteuern oder der indirekten Steuern.

Hier wie in den anderen Bereichen werden wir nur dann erfolgreich sein, werden wir nur dann tragfähige Lösungen finden, wenn alle Mitgliedstaaten zu Kompromissen bereit sind. Wir brauchen Flexibilität und auch Mut zu Entscheidungen, die auf den ersten Blick manchem unpopulär erscheinen mögen, die aber in der langfristigen Perspektive unbedingt notwendig sind.

Es wird dabei nicht immer möglich sein, eine Ideallösung für alle Beteiligten zu finden. Politik lebt notwendigerweise vom Kompromiß, und dies gilt insbesondere für die europäische Politik. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Solidargemeinschaft. Das heißt: von allen wird Geben und Nehmen verlangt. Niemand darf für sich nur die Rosinen herauspicken wollen.

Allerdings gibt es bei uns wie in anderen EG-Ländern das berechtigte Interesse, besonders bewährte Einrichtungen und Regelungen zu erhalten. Ich nenne als Beispiel nur unser vorbildliches duales Ausbildungssystem. Die Anerkennung hierfür reicht von Margaret Thatcher über die politische Führung der Volksrepublik China, wo im Augenblick überlegt wird, was aus dem deutschen System übernommen werden kann, bis hin zu Besuchern aus der Sowjetunion, die mit großem Interesse den enormen Erfolg registrieren, den dieses System für die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland hat. Wir sind stolz auf dieses System und werden hier keine Abstriche dulden.

Zugleich will ich freilich vor einer naheliegenden Gefahr warnen: Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, alle Bereiche perfektionistisch regeln zu wollen. Europa kann nur eine Harmonisierung in den Grundzügen herbeiführen — eben soweit, wie es für unsere gemeinschaftlichen Ziele unbedingt erforderlich ist. Dies hat in den letzten Jahren auch die EG-Kommission unter Führung von Jacques Delors mehr und mehr erkannt.

Die Leitlinie unseres Vorgehens muß darin bestehen, daß die EG-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten die allgemeine Richtung vorgeben und den politischen und rechtlichen Rahmen setzen. Es liegt dann an den Wirtschaftsakteuren selbst — Unternehmen wie Gewerkschaften —, diesen Rahmen zu nutzen und sich offensiv auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Jeder ist hier in seinem Verantwortungsbereich gefordert.

In den letzten beiden Jahren ist durch die europäische Wirtschaft — gerade auch im Forschungsbereich — ein spürbarer Ruck nach vorne gegangen. Unternehmen und Gewerkschaften beginnen, sich intensiv auf „Europa 1992“ vorzubereiten. Die hohen Investitionen bei uns, die zu einem guten Teil zu unserem Wirtschaftswachstum beitragen, sind beredtes Zeugnis dafür, daß der Binnenmarkt schon jetzt wirkt. Der Investitionsboom, den wir gerade in diesem Jahr erleben, ist Ergebnis unserer Politik. Und ich füge hinzu: Diese wirtschaftliche Entwicklung ist der klare Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Noch einen weiteren Punkt will ich betonen, der für die Ausgestaltung des Binnenmarktes von entscheidender Bedeutung sein wird: Auch in Zukunft muß die Gemeinschaft ein fairer und offener Partner in Handel und Zusammenarbeit sein.

Immer lauter werden Befürchtungen geäußert, die Gemeinschaft könne sich nach außen abschotten, sich gleichsam in einer „Festung Europa“ verschanzen. Für mich ist selbstverständlich, daß wir nach außen offen bleiben werden und müssen — nicht nur wegen unserer Abhängigkeit von Rohstoffeinfuhren, sondern auch wegen unserer Exportabhängigkeit über den EG-Raum hinaus sowie wegen der Marktchancen, die sich aus der Verflechtung mit der Weltwirtschaft ergeben. Dies steht übrigens auch in Übereinstimmung mit Ludwig Erhards Erfolgsrezept, der sich nachdrücklich für offene Grenzen eingesetzt hat.

Durch eine Abschottung nach außen würde die Gemeinschaft nicht konkurrenzfähiger — im Gegenteil. Hierfür gab es in den letzten Jahren bei uns wie in Übersee genug mahnende Beispiele. Der Aufbau neuer Schranken

nach außen kann erst recht kein Mittel sein, um notwendigen und vielleicht unbequemen Anpassungen im Innern zu entgegen. Zugleich müssen wir aber auch von unseren Partnern in der Welt verlangen, daß von ihnen keine protektionistischen Signale oder gar Maßnahmen ausgehen.

Die Leitgedanken, die das industrielle Dreieck Europa, Japan, USA kennzeichnen und die darüber hinaus in den Welthandel ausstrahlen, müssen vielmehr lauten: fairer Interessenausgleich, partnerschaftliche Zusammenarbeit und Offenheit der Märkte. Die gesamte internationale Diskussion um die Verschuldungsproblematik ist vergeblich, wenn die Entwicklungsländer bei uns nichts mehr absetzen können und ihnen dann die Erlöse fehlen, um in Europa Maschinen zu kaufen. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

Deshalb ist die Europäische Gemeinschaft in ihrer gesamten bisherigen Entwicklung konsequent den Weg eines offenen Wirtschaftsraumes gegangen, der sich immer weiter nach außen öffnet. Sie hat mit den Abkommen von Lomé ein Modell partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Dritten Welt entwickelt, das wegweisend bleibt. Sie hat ähnliche Modelle zur Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt — wie zum Beispiel den ASEAN-Staaten — erarbeitet.

Heute ist sie angetreten, im Vorfeld des Binnenmarktes ihre Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn neu zu gestalten. Ich halte den Ansatz, den der Präsident der EG-Kommission im Januar in Straßburg vorgestellt hat, für einen vernünftigen und folgerichtigen Weg.

Es ist wichtig für die Europäische Gemeinschaft, gerade die Beziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn, den EFTA-Ländern, möglichst eng und vertrauensvoll auszuformen. Ich denke hier besonders an unsere österreichischen Nachbarn oder auch an die Schweiz, mit denen uns schon die gemeinsame Sprache verbindet, aber natürlich auch an unsere Nachbarn im Mittelmeerraum sowie in Ost- und Südosteuropa.

Ich füge hinzu: Es geht dabei nicht nur um die wirtschaftlichen Beziehungen — wie überhaupt das Projekt des Binnenmarktes weit über die wirtschaftliche Dimension hinausweist. Wir wollen die Europäische Union verwirklichen — mit einem einheitlichen Währungs- und Sozialraum, einer europäischen Umweltpolitik, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Auch geistig und kulturell hat unser alter Kontinent der Welt noch viel zu geben — mehr noch: sein Beitrag wird geradezu eingefordert: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ — das empfinden die Menschen vor allem dort,

wo ihre materiellen Bedürfnisse weitgehend befriedigt sind. Auf dieser Grundlage kann und muß sich gerade auch unter den Europäern ein geschärftes Bewußtsein für die Bedeutung ihres kulturellen Erbes entwickeln.

Aus der Vielfalt gewinnt Europa seine Kraft, aus den kulturellen Gemeinsamkeiten seine Einheit. Gerade die gemeinsame Kultur — und damit einhergehend die gemeinsamen Werte — bilden das stärkste Band, das Europa einigt und zusammenhält. Jean Monnet, den viele den „Vater Europas“ nennen, hat vor diesem Hintergrund einmal gesagt, daß er — könne er neu anfangen — mit der Kultur beginnen würde.

Beherrzigen wir dies, indem wir mehr Möglichkeiten für kulturellen Austausch schaffen. Zum Beispiel sollten wir mehr als bisher die Entwicklung bei den elektronischen Medien in den Dienst Europas stellen. Vor allem die neuen Fernsehprogramme über Satellit und Kabel können einen wertvollen Beitrag dazu leisten, einen gemeinsamen europäischen Erfahrungshorizont zu schaffen.

Im Mittelpunkt des kulturellen Austausches muß aber die junge Generation stehen: Das vereinte Europa wird nur in dem Maße Wirklichkeit werden, in dem junge Menschen zueinander finden. Für sie muß es selbstverständlich werden, fremde Sprachen zu lernen, ins Ausland zu reisen und dort zu studieren oder zu arbeiten.

Dies ist immer auch ein Werk des Friedens. Kultur verlangt den Geist der Versöhnung. Ich denke hier auch an unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Wenn wir vom vereinten Europa reden, dann meinen wir damit eine umfassende Friedensordnung, die auch sie einschließt. Die Europäische Gemeinschaft — und stärker noch die Europäische Union, die wir anstreben — wird als Modell und westlicher Eckstein einer solchen Friedensordnung wirken und gleichzeitig als Angebot an jene Europäer, denen ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung noch versagt ist.

Vergessen wir niemals: die Europäische Gemeinschaft ist nicht das ganze Europa, sie ist letztlich nur ein Torso. Zu Europa gehören auch Warschau, Prag, Krakau — und selbstverständlich Dresden, Leipzig und Rostock. Wenn wir die europäische Einigung vorantreiben, dann nicht, weil wir unsere Landsleute in der DDR oder unsere europäischen Nachbarn in Mittel-, Ost- oder Südosteuropa abgeschrieben hätten. Im Gegenteil: Wir vertrauen auf die große Anziehungskraft des europäischen Einigungswerkes.

Die Europäische Gemeinschaft wird mehr und mehr zu einem Kristallisationspunkt für das Europa der Freiheit. Wenn beispielsweise heute

in Ungarn — einem Land des Warschauer Paktes — eine Diskussion beginnt, ob es nicht einen Weg zu einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft gibt, dann illustriert das eindrucksvoll die grundlegende Veränderung, die sich in wenigen Jahren in diesem Teil Europas vollzogen hat.

In den Staaten Ost- und Südosteuropas wächst das Bewußtsein, daß alte, verkrustete Strukturen aufgebrochen werden müssen, um Wege in eine bessere Zukunft zu öffnen. Man schaut dort mit großer Erwartung auf die zukunftsweisenden Entwicklungen, die sich im freien Teil unseres Kontinents vollziehen. Wer beispielsweise in Warschau mit den Menschen spricht, erfährt von ihnen, daß sie sich als Polen **und** als Europäer fühlen. Die Tatsache, daß angesichts der neuesten Beschlüsse der polnischen Regierung und der polnischen Parteiführung der französische Staatspräsident und ich letzte Woche eine gemeinsame Bewertung abgegeben haben, blieb in der Bundesrepublik Deutschland nahezu unbeachtet.

Dabei war diese Erklärung für viele Polen eine Sensation. Das Gefühl für die europäische Entwicklung ist dort außerordentlich ausgeprägt, weil die Völker Ost- und Mitteleuropas damit die Hoffnung für eine freiheitliche Zukunft ihrer Länder verbinden.

In dem wir uns in der Europäischen Gemeinschaft immer enger zusammenschließen, handeln wir also auch im Interesse der Menschen im anderen Teil unseres Kontinents — und in der Hoffnung, daß sie eines Tages in freier Selbstbestimmung dieses Werk des Friedens mitgestalten können. Gerade wir Deutschen müssen deshalb das größte Interesse daran haben, daß der europäische Einigungsprozeß voranschreitet.

Konrad Adenauer hat am 5. Mai 1955, dem Tag der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, besonders prägnant zum Ausdruck gebracht, daß europäische Einigung und deutsche Einheit aufs engste miteinander zusammenhängen: „Unser Ziel: In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“

Dies liegt ganz auf der Linie der Präambel unseres Grundgesetzes, die den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren **und** als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

Die Präambel, dieses großartige Zeugnis des Freiheitswillens aller Deutschen, schließt mit den Worten: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu

vollenden.“ Dies ist der Verfassungsauftrag, und wir Christlichen Demokraten halten daran fest, weil er unserer tiefen Überzeugung, weil er dem Wunsch und Willen der allermeisten Menschen in unserem geteilten Vaterland entspricht. Und gerade deshalb wissen wir Christlichen Demokraten uns auch in besonderer Weise der europäischen Idee verpflichtet.

Dies drückt sich nicht zuletzt in unserem Engagement für ein Europa der Bürger aus. Dabei denke ich insbesondere auch an das Europäische Parlament. Mehr als vielen bewußt ist, hat es für die europäische Idee eine zentrale und unersetzliche Bedeutung: Als freigewähltes Parlament ist es der stolze Repräsentant freier europäischer Bürger.

Ich finde es schon erstaunlich, mit welcher Zurückhaltung — um es einmal vorsichtig auszudrücken — die verfaßte öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland die Tätigkeit des Europäischen Parlaments begleitet. Natürlich wird da nicht an jedem Tag Wegweisendes entschieden. Aber es geschieht mehr im Straßburger Parlament, als viele glauben. Hier beginnt die Veränderung der politischen Grundstruktur unseres alten Kontinents — und das sollte angemessen gewürdigt werden.

Wir müssen dem Europäischen Parlament den Rückhalt geben, den es braucht. Deshalb müssen wir seine Befugnisse stärken und ihm die tragende Rolle im Einigungsprozeß einräumen, die ihm gebührt — und die es mehr und mehr einzunehmen beginnt.

In zwei Monaten, am 18. Juni 1989, findet die nächste Wahl zum Europäischen Parlament statt. Diese Europawahl muß zu einem klaren und überzeugenden Bekenntnis für Europa werden, zu einem Bekenntnis zur Überzeugung des Binnenmarktes und zur Idee des in Freiheit geeinten Europas — zur Europäischen Union. Nur dann werden wir die Dynamik des Einigungsprozesses weiter erhalten können. Nur dann wird das neugewählte Europäische Parlament auch die erweiterten Kompetenzen erringen können, die es für die Zukunft dringend braucht.

Es wird dabei nicht zuletzt darum gehen, ob wir Deutsche begriffen haben, daß die Geschichte am Ende dieses Jahrhunderts von uns eine europäische Verantwortung fordert. Der nationalistische Egoismus — nicht nur der Deutschen — hat in diesem Jahrhundert auf europäischem Boden genug Unheil angerichtet. Er darf nicht noch einmal eine Chance bekommen.

Von Anfang an war die Christlich Demokratische Union der Bannerträger der europäischen Idee auf deutschem Boden — so wie auch Christliche

Demokraten in anderen europäischen Ländern. Auch weiterhin werden Christliche Demokraten an der Spitze derjenigen stehen, die die europäische Zukunft in Frieden und Freiheit gestalten.

Wir stehen in der Tradition Konrad Adenauers, Robert Schumans und Alcide de Gasperi — von Gründungsvätern unseres vereinten Europas. Wir werden ihr Werk weiterführen und vollenden — ein Werk, das vor über 40 Jahren begonnen wurde. Dafür brauchen wir die Unterstützung aller Bürger. Ich bitte alle Teilnehmer dieses Kongresses: Tragen Sie unsere europäische Botschaft weiter. Wirken Sie daran mit, daß die europäische Einigung, daß vor allem der europäische Binnenmarkt zu einem Erfolg für uns alle wird.